

Idar-Oberstein, 13.11.2020

## **Parkhausrückbau wird teurer**

### **Asbesthaltige Bauteile müssen entsorgt werden**

Beim Rückbau des Parkhauses Austraße kommt es zu zusätzlichen unvorhersehbaren Mehrkosten in Höhe von rund 168.000 Euro. Grund hierfür sind weitere asbestbelastete Bauteile. Wie Oberbürgermeister Frank Frühauf in der jüngsten Sitzung des Hauptausschusses mitteilte, wurde nach dem Beginn der Arbeiten weitaus mehr asbesthaltiges Material vorgefunden, als dies aufgrund der im Vorfeld der Maßnahme durchgeführten Bauteil-, Gefahrstoff- und Laboruntersuchungen zu erwarten war. Oberbürgermeister Frühauf hat die Mehrkosten im Wege einer Eilentscheidung nach § 48 der Gemeindeordnung genehmigt, damit die derzeit ruhenden Arbeiten fortgesetzt und möglichst noch in diesem Jahr beendet werden können.

Für den Rückbau des Parkhauses Austraße wurde ursprünglich mit Gesamtkosten in Höhe von 179.000 Euro gerechnet. Bereits nach der Ausschreibung lagen die Kosten jedoch bei 247.000 Euro, also 68.000 Euro über der Kostenschätzung. Diese Mehrkosten waren in erster Linie bedingt durch das Vorfinden von asbesthaltigem Material auf einer Fläche von rund 500 Quadratmetern im Bodenbelag des obersten Parkdecks.

### Asbest wurde trotz Gefahrstoffgutachten nicht entdeckt

Nach Beginn des Rückbaus wurde nunmehr festgestellt, dass in allen Geschossen die Fugen der Deckenplatten mit unterschiedlichen Baustoffen ausgebildet sind. Durch die dicke Farbbeschichtung der Fugen und die teilweise zusätzliche Überdeckung mit Spritzbeton war dies vorher nicht ersichtlich. Auch bei den vor Baubeginn unter anderem im Fugenbereich durchgeführten

Probeentnahmen – die Entnahmestellen wurden von den durchführenden Büros frei gewählt – wurden nur Holzleisten in den Fugen vorgefunden und beprobt. Nach dem Vorfinden der unterschiedlichen Baustoffe wurden nunmehr weitere Untersuchungen durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass die Fugen zwar teilweise mit Holzleisten, teilweise aber auch mit asbesthaltigen Deckenplatten ausgebildet wurden. Wobei die Asbestplatten als „Schalung“ in den Fugen der Fertigteil-Deckenplatten eingebaut wurden. Die Verwendung der unterschiedlichen Baustoffe erfolgte ohne nachvollziehbares System, teilweise sind in einem Fugenfeld zwei Baustoffe vorhanden.

Zur fachgerechten Entfernung und Entsorgung der vorgefundenen Asbestfugen ist eine Nachbeauftragung in einem größeren Umfang notwendig. Dazu wurden verschiedene Lösungsansätze erarbeitet und geprüft. Letztendlich ergeben sich durch die notwendige Nachbeauftragung der ausführenden Firma, die Mehrkosten für die Untersuchungen und die Fachingenieure sowie die zusätzlichen Baunebenkosten neue Gesamtkosten in Höhe von rund 415.000 Euro. Dies sind gegenüber dem bisher beschlossenen Kostenrahmen von 247.000 Euro Mehrkosten von 168.000 Euro. Diese Mehrkosten werden nach Rücksprache mit der ADD ebenfalls im Rahmen des Förderprogramms „Aktiven Stadt“ mit 90 Prozent gefördert. Der Eigenanteil der Stadt erhöht sich damit von bisher 24.700 Euro auf nunmehr 41.500 Euro.

#### Schadstoffuntersuchungen erfolgen stichprobenartig

Es kommt immer mal wieder vor, dass Schadstoffbelastungen im Vorfeld von Baumaßnahmen nicht oder nicht in vollem Umfang entdeckt werden. Die Gründe dafür erläutert Bürgermeister Friedrich Marx: „Grundsätzlich erfolgen solche Bauteil- und Gefahrstoffuntersuchungen im Vorfeld von Baumaßnahmen immer nur stichprobenartig, dies gilt auch für Bodenuntersuchungen bei Tiefbaumaßnahmen.“ Bei der Untersuchung für das Parkhaus Austraße wurden im Mai 2020 15 Kernbohrungen und weitere 21 Materialproben genommen. Das umfangreiche Schadstoffgutachten umfasst inklusive der Laborberichte 116 Seiten. „Dass dabei die vorhandene Asbestbelastung trotzdem nicht festgestellt wurde, ist zwar ärgerlich aber nicht zu vermeiden“, so Marx. Dies wäre nur mit einer flächendeckenden Untersuchung des Baufeldes – zumindest weitgehend – zu gewährleisten, was jedoch zu erheblich höheren Gutachterkosten führen

würde. Auf die Gesamtheit der Baumaßnahmen gesehen wäre das höchstwahrscheinlich teurer als die Mehrkosten, die dann bei einem tatsächlichen Auffinden von Gefahrstoffen anfallen. Und noch eins gibt der Bürgermeister zu bedenken: „Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat dem Rückbau des Parkhauses auch zugestimmt hätte, wenn die Schadstoffbelastung und damit die höheren Kosten vor Baubeginn bekannt gewesen wären. Insofern sind diese ‚Mehrkosten‘ natürlich ärgerlich, sie wären aber ohnehin angefallen. Denn der Rückbau ist notwendig, um das Areal einer neuen Nutzung zuzuführen.“



*BUZ: Derzeit ruhen die Rückbauarbeiten, nach der Eilentscheidung von Oberbürgermeister Frank Frühauf sollen sie so schnell wie möglich fortgesetzt werden.*

Für Rückfragen: Michael Brill  
Telefon 06781 64-130  
E-Mail michael.brill@idar-oberstein.de